



Josha Frey

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg



JOSHA FREY

Mitglied des Sozialausschuss

Europapolitischer Sprecher

PRESSEMITTEILUNG

Wahlkreisbüro

79539 Lörrach

Haagerstr. 14

Telefon (07621) 5839520

Telefax (0711) 2063-14645

Mail: wahlkreisbuero@josha-frey.de

Lörrach, den 17. März 2014

Grüne Landesregierung und Kreisfraktion stellt sich hinter Hebammen

Der Bundesrat hat am vergangenen Freitag eine mit von Baden-Württemberg eingebrachte Initiative beschlossen, welche die freien Hebammen und GeburtshelferInnen stärkt. Der Kreistag Lörrach hat die Absicht am kommenden Mittwoch ebenfalls eine in die gleiche Richtung gehende Resolution zu verabschieden, die der Lörracher Landtagsabgeordnete Josha Frey und die Fraktionsvorsitzende der Grünen im Kreistag Heike Hauk ausdrücklich unterstützen:

„Die Wahl einer Hebamme des Vertrauens ist für werdende Eltern essentiell und ein wichtiger Aspekt ihres Selbstbestimmungsrechts. Deshalb setzte sich die grün-rote Landesregierung in der vergangenen Woche mit einer Bundesratsinitiative und der Kreistag in dieser Woche für diesen Beruf ein“.

Schon seit Jahren appellieren GRÜNE in Landkreis, Land und Bund an die Bundesregierung, um den Berufsstand der freien Hebammen und GeburtshelferInnen nachhaltig zu stärken. Bislang ohne Erfolg. Jetzt sei die Situation dramatisch eskaliert durch den Ausstieg der Nürnberger Versicherung.

Durch die massiv steigenden Haftpflichtprämien und der sich immer weiter reduzierenden Zahl der Haftpflichtversicherungsanbieter hat sich der Druck auf Hebammen und GeburtshelferInnen in den vergangenen Jahren stetig erhöht. Nun droht vielen freiberuflichen Hebammen im Bereich der Geburtshilfe das berufliche Aus, weil sie die Haftpflichtprämien nicht mehr bezahlen können.

Die Länderinitiative im Bundesrat fordert einerseits eine angemessene Vergütung für die freiberuflichen Hebammen, andererseits die Prüfung einer Absicherung des Haftungsrisikos in der Geburtshilfe, entweder durch die Schaffung einer erweiterten Trägerhaftung oder durch die Schaffung eines steuerfinanzierten Haftungsfonds für Schäden, die über die fallbezogene Haftungshöhe hinausgehen.

„Die Bundesregierung hätte schon längst handeln und den Hebammenberuf auf stabile Beine stellen müssen. Die Notwendigkeit für eine bessere Vergütung und eine Lösung der Haftpflichtproblematik besteht ja nicht erst seit diesem Jahr, sondern schwelt wegen der Untätigkeit der CDU-geführten Bundesregierung seit Jahren“, so Josha Frey, Mitglied des Sozialausschusses im Landtag Baden-Württemberg.